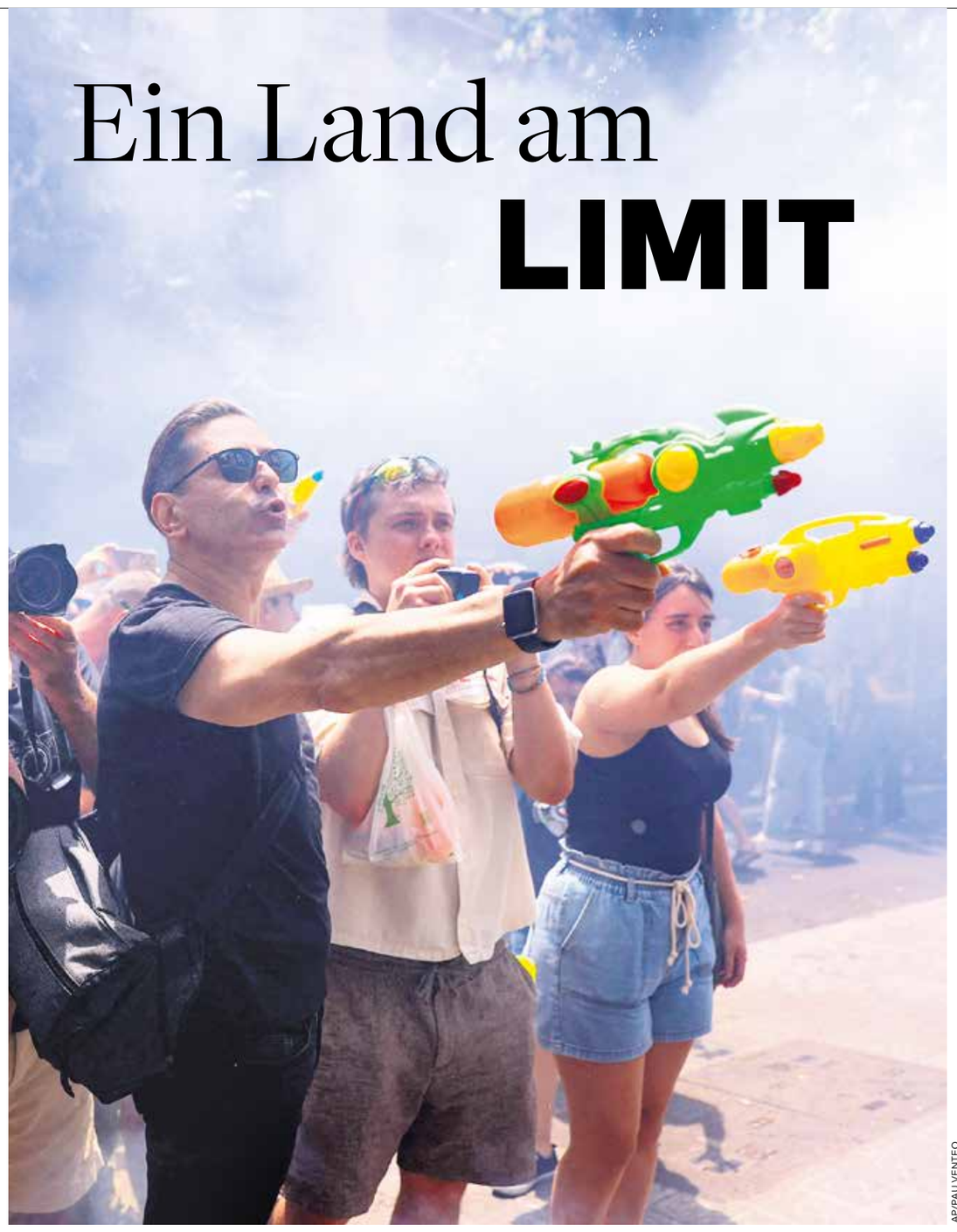
Ein Land am LIMIT



AP/PAU VENTEO

In Barcelona protestierten am vergangenen Wochenende Bewohner mit Wasserpistolen gegen den Massentourismus

Spanien ist eines der weltweit beliebtesten Urlaubsziele und der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Doch das Geschäft mit Sonne und Strand zeigt immer mehr seine Schattenseiten

In den frühen 60er-Jahren entdeckte ein spanischer Bauunternehmer namens Miguel Perdiguer die Macht des Betons. Torremolinos war damals ein verschlafenes Fischerdorf an der Costa del Sol. Perdiguer sah etwas anderes: eine Goldgrube aus Sand und Sonne. Die ersten Hotels schossen wie Pilze aus dem Boden – schnell, billig, ohne Plan. Spaniens Diktator Francisco Franco segnete das Projekt ab: Das Land brauchte Devisen, Prestige sowieso.

PAMELA SPITZ MADRID, IBIZA UND BARCELONA

Torremolinos wurde zum Symbol für den Beginn einer großen Erfolgsgeschichte: Spanien ist heute eines der beliebtesten Reiseziele der Welt. Knapp 94 Millionen Touristen kamen im vergangenen Jahr in das Land – ein Rekord. Allein im April waren es 8,6 Millionen internationale Besucher, gut zehn Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Doch zunehmend zeigen sich die Schattenseiten des Geschäfts mit Sonne und Stränden: drastisch steigende Mietpreise, Wassermangel, mehr Müll. Erst am vergangenen Wochenende gingen landesweit Tausende von Spaniern auf die Straße, um gegen die Folgen des Massentourismus zu protestieren. Sie trugen Schilder mit den Worten „Vuestra diversión, nuestra miseria“ (euer Vergnügen, unser Elend) und „Decrece o muere“ (Schrumpfe oder stirb). Und während Spanien täglich Rekordzahlen von Touristen empfängt, packen immer mehr junge Spanier ihre Koffer.

Ana, 31 und Umweltingenieurin, ist gerade auf Besuch in ihrer ehemaligen Heimat. Ihren vollen Namen möchte sie nicht in den Medien lesen. „Ich lebe inzwischen in Beijing“, erklärt Ana, „Madrid war zu teuer.“ Fast alle Freunde seien weg. Einige arbeiteten in Lissabon oder Berlin, andere wohnten nach dem Studium noch immer bei den Eltern. Seit 2014 haben sich die Mieten im Stadtzentrum der spanischen Hauptstadt um 95 Prozent verteuert; 1,4 Millionen Haushalte geben bereits mehr als ein Drittel ihres Einkommens fürs Wohnen aus. Ein Grund ist die zunehmende Zahl an Urlaubsapartments. Allein im einstigen Arbeiterviertel Lavapiés im Zentrum Madrids gibt es 847 registrierte plus geschätzte 8000 illegale Ferienwohnungen auf nur 1,2 Quadratkilometern. Madrid insgesamt zählt nach Angaben der Stadtverwaltung 23.400 Airbnb-Unterkünfte, mehr als 90 Prozent von ihnen ohne Lizenz.

MIETEN FAST VERDOPPELT

Touristen bringen eben mehr Geld als reguläre Mieter, das weiß auch Toño Camuñas. Der 45-Jährige lehnt an einer Graffiti-Wand nahe der Einkaufsstraße Gran Vía und starrt auf ein Wohnungsangebot, das er sich nicht leisten kann. Als Dozent an der Kunsthochschule korrigiert Camuñas Abschlussarbeiten im Café, weil seine Wohnung in Lavapiés verschwunden ist: Der Besitzer hat sie in eine Ferienwohnung verwandelt. Camuñas lebt jetzt in seinem winzigen Atelier. Mehrere Freunde hätten bereits eine Künstlerkommune in der mexikanischen Stadt Veracruz gegründet, erzählt er. „Dort kostet ein ganzes Haus weniger als hier ein Bett.“ In der Finanzkrise 2008 trieb die Arbeitslosigkeit junge Spanier aus dem Land – heute ist es die Wohnungslosigkeit.

In Spanien sind die Hauspreise nach Angaben der Immobilienplattform Idealista binnen zehn Jahren um 44 Prozent gestiegen, während sich die Mieten fast verdoppelt haben. Die Einkommen dagegen erhöhten sich zwischen 2012 und 2022 der nationalen Statistikbehörde zufolge lediglich um 19 Prozent. Landesweit fehlen laut der spanischen Zentralbank 600.000 Wohnungen.

Die Wohnungskrise sei eine gesellschaftspolitische Zäsur, sagt José María Lassalle, Professor und früherer Kultur-Staatssekretär. Die Verdrängung der Mittelschicht sei kein Kollateralschaden, sondern Symptom eines tieferliegenden Strukturproblems, sagt er. Wenn Wohnungen primär zu Kapitalanlagen würden, verliere die Stadt ihr soziales Gefüge. Lassalle warnt vor einer urbanen Spaltung zwischen Besitzenden und jenen, die aus der Stadt gedrängt werden. Für ihn ist Wohnraum ein Grundpfeiler demokratischer Teilhabe – und dessen Verlust „frisst sich unbemerkt in die Fundamente unserer Gesellschaft“.

Dabei geht es Spanien konjunkturell im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern gut. 2024 wuchs die Wirtschaft um 3,2 Prozent. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Treiber, der Branchenumsatz belief sich im vergangenen Jahr auf 126 Milliarden Euro Umsatz – das sind 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Doch die Folge ist ein Paradox: Wer den Tourismus am Laufen hält, kann sich das Leben in den Touristenstädten oft nicht mehr leisten. Beschäftigte in der Branche verdienen im Schnitt 20.910 Euro im Jahr. Das liegt rund 30 Prozent unter dem Durchschnittseinkommen, während die Mieten in den bei Besuchern besonders beliebten Orten bis zu 75 Prozent über dem Schnitt liegen.

Gleichzeitig entzieht die wachsende Nachfrage immer mehr Wohnungen dem Markt. Laut Jahresbericht der Grundbuchbehörde wurden im vergangenen Jahr 93.000 Immobilien an Ausländer verkauft. Vermögende Lateinamerikaner etwa erwerben Wohnungen in Madrid, sichern damit ihr Kapital und sich selbst ein Aufenthaltsrecht. Zudem werden rund 321.000 Wohnungen in Spanien als Ferienapartments genutzt – das reguläre Angebot schrumpft weiter.

ZELTLAGER FÜR SAISONKRÄFTE

Auf der Mittelmeerinsel Ibiza spitzt sich die Wohnungskrise noch deutlicher zu. Hier geht es nicht mehr um teure Mieten, sondern ums Überleben. José ist Taxifahrer und berichtet von seinem Stammkunden: einem Sicherheitsmann, den er regelmäßig aus der Zeltplanen-Siedlung beim Dorf San Rafael zehn Kilometer nordwestlich von Ibiza-Stadt abholt, direkt neben dem neuen Nachtklub UNVRS. Während nebenan Gäste für eine Flasche Champagner 400 Euro zahlen, lebt der Mann, der ihre Sicherheit gewährleistet, zwischen rostigen Containern und provisorischen Planen.

Kaum ende dessen Nachtschicht am Einlass, erzählt der Taxifahrer, warte auf der anderen Inselseite bereits die Frühschicht in einem Luxushotel – Doppeldienst, zwei Uniformen, 16 Stunden am Tag. Den offiziellen Bus aus Sant Antoni meide der Sicherheitsmann, weil er um diese Uhrzeit voller angetrunkener Partygäste sei. Das Taxameter bleibe aus, der Fahrpreis werde per Handschlag vereinbart, sagt José. „Wir halten zusammen. Sonst geht das System komplett kaputt.“

40.000 Saisonkräfte braucht die Insel, doch Wohnraum gibt es nur für 8000 von ihnen. 21 Zeltlager auf öffentlichem Gelände sind mittlerweile auf Ibiza entstanden. Sie bieten ein Obdach für bis zu 1100 Menschen, viele der Unterkünfte haben keinen Strom oder fließend Wasser. Die größte liegt gleich hinter dem Flughafen – ein Zeltdorf aus blauen Planen und improvisierten Verschlägen, wo sich Köche, Zimmermädchen und Rettungssanitäter Dixie-Toiletten teilen. Das Rote Kreuz Ibiza musste eine neue Kategorie in seiner Statistik einführen: „Wohnsitzlos mit Vollzeitjob“. Mittlerweile leben sogar Polizeibeamte in Mannschaftsbussen auf improvisierten Campingplätzen.

Früher Morgen im Industriegebiet Can Bufí im Südosten der Insel. Miguel, 26, ist Pflegekraft im Hospital Can Misses und schläft seit acht Monaten im Peugeot Partner: Matratze aus dem Krankenhaus, Batterieventilator vom Baumarkt, zwei Kanister Wasser von der Tankstelle, zwei Campingkocher für warme Mahlzeiten. Er bezahlt dem Industriebetrieb, auf dessen Gelände er lebt, 60 Euro pro Monat für den Stellplatz zwischen Müllcontainern und Lastwagen – sein persönlicher Mietdeckel. „Besser als 1400 Euro für ein Bett“, sagt Miguel pragmatisch, während er sich im Seitenspiegel rasiert. Niemand seiner Kollegen ahnt, dass er in einem Auto wohnt. „Würde ich ihnen auch nicht erzählen“, sagt Miguel. „Die Patienten sollen Vertrauen haben, nicht Mitleid.“

Carla kannte er noch aus der Krankenhausküche, bevor sie ins lukrativere Zimmermädchen-Geschäft wechselte. Sie zahlt 200 Euro monatlich für einen Container im Lager bei Es Canar – zwölf Menschen, ein Duschschlauch, der nur morgens zwischen sechs und acht Wasser führt. Tagsüber säubert sie Suiten im Luxushotel „Es Vedrà“ für 800 Euro die Nacht, poliert Marmorbäder und richtet Champagner-Services her. Abends wäscht sich Carla, 41, am kalten Wasserhahn des Nachbarcontainers, wenn niemand zusieht, trocknet ihre Uniform an der Containeraußenwand. „Privatsphäre ist Luxus“, sagt sie ohne Bitterkeit, „aber dafür spare ich 1200 Euro im Monat.“

KAUM NOCH EINHEIMISCHE

Die Balearen-Regierung reagiert mit Ankündigungen: Bis 2026 sollen modulare Wohnheime für 2000 Saisonkräfte eingerichtet werden. Vermieter, die mehr als 900 Euro für ein Zimmer verlangen, sollen mit Bußgeldern bis zu 90.000 Euro belegt werden, für neue Ferienwohnungslizenzen ein Moratorium gelten. Miguel zuckt mit den Schultern und zeigt auf eine Baustelle gegenüber: „Da entstehen 80 Luxusapartments. Für wen wohl?“ Die Antwort kennt er längst.

Während auf Ibiza Menschen in Containern schlafen, legen im Hafen in Barcelona früh am Morgen die Kreuzfahrtriesen an; Tausende Passagiere strömen aus. Allein im vergangenen Jahr kamen zwölf Millionen Kreuzfahrtgäste – mehr als die gesamte katalanische Bevölkerung. Im Altstadtviertel Barrio Gótico sitzen Digitalnomaden in jahrhundertealten Cafés vor ihren Laptops, bestellen einen Americano für 4,50 Euro und beanspruchen drei Stunden WLAN-Zeit. Einheimische sieht man kaum noch – die meisten Wohnungen hier laufen mittlerweile als Kurzzeitmiete über den Ferienwohnungsanbieter Airbnb.

Der Wasserhahn zieht eine zweite Grenze durch die Stadt. Im Viertel Barceloneta – nahe dem Stadtstrand – kleben inzwischen Sanduhren in den Hotelbädern. Vier Minuten Duschen sollen genügen, denn Kataloniens Stauseen sind nur noch zu 16 Prozent gefüllt – das ist der niedrigste Stand seit Beginn der Aufzeichnungen. Während Tankwagen Trinkwasser ins ausgetrocknete Ebro-Delta im Süden der autonomen Provinz bringen, pumpt zum Beispiel das Luxushotel „Arts Barcelona“ täglich 200.000 Liter Meerwasser durch eine eigene Entsalzungsanlage. Ein Hotelgast verbraucht nach offiziellen Statistiken durchschnittlich 300 Liter am Tag – fast doppelt so viel wie ein Einwohner der Stadt.

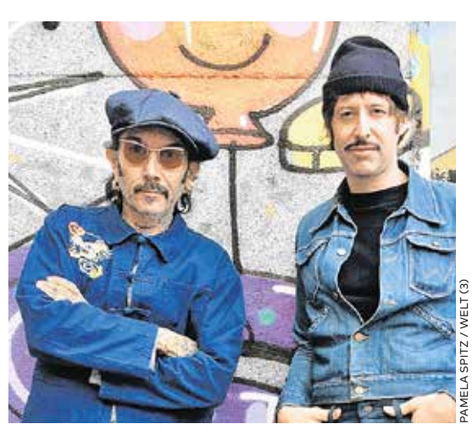
Aber auch in der Mittelmeermetropole zeigt sich das Dilemma des Tourismus. Ein Beispiel hierfür ist Carlos, 33. Er arbeitet seit acht Jahren als Kellner in der Altstadt und zahlt 800 Euro für zehn Quadratmeter im Stadtbezirk Nou Barris. Zu seiner Arbeitsstelle braucht er 45 Minuten Pendelzeit. „Ohne Touristen kein Trinkgeld, mit Touristen kein Zuhause“, sagt er und schüttelt den Kopf.

Die Stadtregierung Barcelonas unter Bürgermeister Jaume Collboni plant nun weitere Maßnahmen: Bis 2028 sollen die rund 10.000 Kurzzeitmieten-Lizenzen auslaufen, ohne Erneuerung. Die Tourismussteuer steigt von vier auf sieben Euro pro Tag. Das stößt natürlich auch auf Kritik, Hoteliers sprechen bereits von einer Verlagerung der Touristenübernachtungen in die südlich beziehungsweise nördlich von Barcelona gelegenen Gemeinden Sitges oder Girona. Vor allem aber: Das Problem würde damit nur weiterwandern – eine Lösung ist nicht in Sicht.

■ Einige der Gesprächspartner wollten ihre vollständigen Namen nicht nennen. Diese sind der Redaktion aber bekannt.

Der 33-jährige Carlos ist Kellner in Barcelona und zahlt 800 Euro für zehn Quadratmeter im Stadtbezirk Nou Barris

Ein Notlager bei Ibiza-Stadt. Hier leben Köche, Zimmermädchen und Rettungssanitäter, die auf der Insel keine Wohnung finden



PAMELA SPITZ / WELT (3)

Toño Camuñas (l.), hier mit Freund Adan, hat seine Wohnung im Zentrum Madrids verloren

Zweifel an Abschaffung von Feiertagen

Studie: Keine Belege für mehr Wachstum

Könnte die Abschaffung von Feiertagen die Wirtschaft ankurbeln? Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung hat dies in einer Studie untersucht. Die Forscher fanden dabei „keine Belege dafür, dass die Abschaffung von Feiertagen die Wirtschaftsleistung erhöht“, wie das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung mitteilte. Für die Studie haben die Experten sechs Fälle untersucht, in denen in Deutschland oder in einzelnen Bundesländern in den vergangenen 30 Jahren arbeitsfreie Feiertage gestrichen oder neu eingeführt wurden. „In gut der Hälfte der Fälle entwickelte sich die Wirtschaft sogar danach in jenen Bundesländern besser, in denen arbeitsfreie Feiertage beibehalten wurden oder neu hinzukamen“, berichtete das IMK. „Die Gleichung: Wenn Feiertage wegfallen, steigt das Wachstum, geht offensichtlich nicht auf. Denn sie ist zu simpel und wird einer modernen Arbeitsgesellschaft nicht gerecht“, teilte IMK-Direktor Sebastian Dullien mit.

Die Abschaffung von Feiertagen zur Erhöhung der Wirtschaftsleistung wird seit einigen Monaten diskutiert. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat eine Rechnung aufgestellt, wonach ein zusätzlicher Arbeitstag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5 bis 8,6 Milliarden Euro steigern könnte. Das IMK untersuchte unter anderem, wie sich die Abschaffung des Buß- und Bettages in allen Bundesländern außer Sachsen ab dem Jahr 1995 auswirkte. Entgegen der Erwartung, dass weniger Feiertage zu mehr Wirtschaftsleistung führen, habe sich das BIP 1995 in Sachsen stärker entwickelt als im Rest Deutschlands, so die Forscher. Das BIP in Sachsen sei auch stärker als in den angrenzenden Bundesländern Sachsen-Anhalt und Thüringen gewachsen – obwohl diese den Feiertag gestrichen hatten. dpa

EU-Sanktion gegen Firmen aus China

Beschränkungen bei teuren Medizinprodukten

Chinesische Unternehmen werden künftig von bestimmten öffentlichen Aufträgen in Europa ausgeschlossen. Konkret geht es um Aufträge für die Beschaffung von Medizinprodukten im Wert von mehr als fünf Millionen Euro, wie die EU-Kommission mitteilte. Damit nutzt die Behörde erstmals ein 2022 in Kraft getretenes Sanktionswerkzeug. Mit ihm können Staaten bestraft werden, die etwa europäische Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen diskriminieren. Es soll nach Hoffnung der EU dafür sorgen, dass andere Länder ihre Märkte für europäische Unternehmen öffnen. EU-Angaben zufolge hat sich die Zahl der chinesischen Ausfuhren von Medizinprodukten in die EU zwischen 2015 und 2023 mehr als verdoppelt. Gleichzeitig habe China erhebliche Hindernisse für seinen Markt aufgebaut. Bei fast 90 Prozent der öffentlichen Aufträge für die Beschaffung von Medizinprodukten in China gebe es diskriminierende Maßnahmen gegenüber in der EU hergestellten Produkten und EU-Lieferanten.

Es geht um medizinische Produkte sämtlicher Art – das können verschiedene Apparate und Geräte sein, etwa zum Beatmen, Röntgen oder Sterilisieren ebenso wie Rollstühle und Verbandsmaterial wie Pflaster. Peking kündigte an, „die Interessen chinesischer Unternehmen entschieden schützen“ zu wollen. Die EU bewege sich „zunehmend in Richtung Protektionismus“, so ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Gespräche zwischen der EU und China hatten offensichtlich nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. dpa